



Petra Merkel, MdB

Newsletter * Newsletter *** Newsletter**

Ausgabe: 06/2008

Aus dem Inhalt:

- Föderalismusreform
- Förderung für Familien – KiFö
- Riester Förderung
- SPD Bundestagsfraktion – Bilanz und Ausblick

AUS DEM BUNDESTAG

In den letzten Sitzungswochen vor der Sitzungsfreien Zeit (die keine Sommerpause ist!) haben wir noch einige wichtige Dinge auf den Weg gebracht. Nun tagt der deutsche Bundestag erst wieder im September. Ich werde – auch dieses Jahr wieder – mit meinen Sommergesprächen unterwegs sein. Wo Sie mich bei den „Sommergesprächen 2008“ auf Wochenmärkten und bei Gesprächsrunden finden werden, lesen Sie bitte unter „Terminhinweisen“ nach.

FÖDERALISMUSREFORM II

Die Vorsitzenden der Kommission haben in dieser Woche ihre Eckpunkte für die weitere Arbeit der Kommission vorgelegt. Donnerstag wurden sie von der Kommission beraten. Wir haben ein Gerüst, einen Rahmen, der ausgefüllt werden muss. Hierfür werden vier Arbeitsgruppen gebildet zu den Themen:

AG 1 - Schuldengrenzen, Frühwarnsystem, Konsolidierungshilfen

AG 2 - Steuerautonomie, Steuerverwaltung

AG 3 - Verwaltungskooperation, öffentliche IT, Benchmarking

AG 4 - Bundesfernstraßen, Justizthemen, Abweichungsrechte, Börsenaufsicht.

Die Arbeitsgruppen werden im Sommer tagen, damit im Herbst die Kommission Beschlüsse fassen kann. Ich bin zuversichtlich, dass wir etwas zustande bringen werden. Denn wie heißt es so

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

schön im Papier der Vorsitzenden Peter Struck und Günther Oettinger:

Alles hängt mit allem zusammen; nichts ist verabredet, solange nicht alles verabredet ist.

ÄNDERUNG BUNDESELTERNGELD- UND ELTERNZEITGESETZ EINGEBRACHT

Wir haben in 1. Lesung den Koalitionsentwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes beraten. Die Änderung beinhaltet im Wesentlichen einen für uns wichtigen Punkt. Auf unsere Initiative hin soll eine Härtefallregel in Kraft treten: Minderjährige Eltern sollen bei der Betreuung und Erziehung ihres Kindes durch die Großeltern unterstützt werden können. Deshalb sind diese Großeltern künftig berechtigt, gegenüber ihren Arbeitgebern Elternzeit zu beanspruchen. Hierfür war eine langwierige Überzeugungsarbeit bei der Ministerin notwendig.

KINDERFÖRDERUNGSGESETZ EBENFALLS EINGEBRACHT

Mit dem in nun in 1. Lesung zu beratenden Kinderförderungsgesetz setzen wir den Weg von Renate Schmidt fort. Wir schaffen mit dem Kinderförderungsgesetz einen Rechtsanspruch auf Betreuung für unter dreijährige und sichern ein Betreuungsangebot für 35 Prozent der kleinen Kinder. Bis 2013 wollen wir die Kita-Plätze auf 750.000 erhöhen.

Das Gesetz zeigt deutlich die sozialdemokratische Handschrift:

- Wir haben den Rechtsanspruch durchgesetzt!

Ab 2012 gilt der Rechtsanspruch. D. h. jedes Kind unter drei Jahren hat dann ein Anrecht auf einen Betreuungsplatz. Die Union hatte den Rechtsanspruch lange abgelehnt. Es ist gut, dass wir sie überzeugen konnten. Denn nur der Rechtsanspruch gibt den Eltern die Sicherheit, auch tatsächlich einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Außerdem wird so sichergestellt, dass die Länder die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel auch tatsächlich in den Ausbau von Krippen und Kitas investieren.

- Wir haben die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten erreicht!

Denn nur mit einer Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten wird es tatsächlich zu dem angestrebten Ausbau durch Kommunen und Länder kommen. Mit der von Ursula von der Leyen ursprünglich beabsichtigten Beteiligung des Bundes an den reinen Investitionskosten wäre niemandem wirklich geholfen gewesen. Diese machen nur einen Bruchteil der Kosten aus. Der Löwenanteil der Kosten sind Personal- und damit Betriebskosten.

GESETZ ZUR VERBESSERUNG DER AUSBILDUNGSCHANCEN

Wir haben das Gesetz zur Verbesserung der Ausbildungschancen von benachteiligten Jugendlichen beschlossen. Wir wissen, dass sich die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in den letzten Jahren verbessert hat. Im Jahr 2007 wurden erstmals seit 2001 wieder mehr als 600.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Wir wissen aber auch, dass es mehr als 300.000 sogenannte „Altbewerber“ gibt. Dies sind Jugendliche, die bereits seit längerer Zeit auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind. Gerade diese Jugendlichen brauchen unsere Hilfe. Mit dem Gesetz, das von Olaf Scholz auf den Weg gebracht worden ist, holen wir bis 2010 100.000 junge Menschen aus der Warteschleife heraus und geben ihnen eine berufliche Perspektive.

Der Ausbildungsbonus ist der erste Kernpunkt. Er wird in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro an Betriebe ausbezahlt, die zusätzliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige Altbewerberinnen und –bewerber anbieten. Die Höhe des Bonus richtet sich jeweils nach der Ausbildungsvergütung. Finanziert wird er durch die Bundesagentur für Arbeit. Einen Rechtsanspruch auf Förderung erhalten Arbeitgeber, die lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche oder Altbewerber mit maximal einem Hauptschulabschluss einstellen. Als Ermessensleistung können darüber hinaus zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber gefördert werden, die über einen mittleren Schulabschluss verfügen oder schon mehr als zwei Jahre vergeblich gesucht haben.

RIESTER-FÖRDERUNG BEIM EIGENHEIM BESCHLOSSEN

Am 20. Juni wurde das Gesetz zur verbesserten Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge, kurz Eigenheimrentengesetz in 2./3. Lesung beschlossen. Der Gesetzentwurf öffnet die Riester-Förderung für die Anschaffung von selbstgenutztem Wohneigentum oder den Erwerb von Genossenschaftsanteilen für eine selbstgenutzte Genossenschaftswohnung. Durch die Einbeziehung der Wohnimmobilie oder Genossenschaftswohnung werden die Wahlmöglichkeiten größer und die Riester-Rente noch attraktiver.

Es gibt zwei Förderansätze: Zum einen können bis zu 100 Prozent des angesparten Vermögens aus einem bestehenden Altersvorsorgevertrag für die Anschaffung einer selbstgenutzten Wohnimmobilie oder Genossenschaftswohnung verwendet werden. Alternativ kann das angesparte Altersvorsorgevermögen auch zur Entschuldung der Wohnimmobilie eingesetzt werden. Zum anderen werden Einzahlungen auf Bausparverträge oder zur Tilgung von Immobiliendarlehen als Altersvorsorgebeiträge steuerlich gefördert.

Wie bei allen im Rahmen der Riester-Rente möglichen Vorsorgeformen sind die Altersvorsorgebeiträge in der Ansparphase steuerfrei. Im Alter werden die Leistungen dann nachgelagert besteuert.

Folgendes Beispiel verdeutlicht die Attraktivität der Riester-Förderung: Eine Familie mit zwei Kindern (ein Kind vor und ein Kind nach dem 1. Januar 2008 geboren) und einem Familieneinkommen von 50.000 Euro im Jahr nimmt ein Darlehen über insgesamt 40.000 Euro zur Finanzierung seiner Immobilie auf. Nach einer Laufzeit von 20 Jahren hat die Familie die

Tilgung in Höhe von 24.140 Euro selbst gezahlt und 15.860 Euro in Form der staatlichen Riester-Zulagen erbracht.

DIE SPD-FRAKTION ZIEHT BILANZ

„Seit zehn Jahren regieren wir Sozialdemokraten Deutschland. Diese zehn Jahre waren und sind gut für unser Land.

Unsere Gesellschaft ist heute liberaler, toleranter und offener. Deutschlands Wirtschaft ist heute moderner und wettbewerbsfähiger. Sie ist zur Konjunkturlokomotive Europas geworden. Wir haben, trotz weltwirtschaftlicher Risiken, einen kraftvollen Aufschwung erreicht und die gute wirtschaftliche Entwicklung hält an. Mit 40 Millionen Beschäftigten sind mehr Menschen in Arbeit als je zuvor. Allein im letzten Jahr haben mehr als eine halbe Million Menschen einen regulären Arbeitsplatz gefunden. In diesem Jahr können wir es schaffen, die Grenze von drei Millionen Arbeitslosen zu unterschreiten.

Wir Sozialdemokraten haben also allen Grund, selbstbewusst aufzutreten.

Fünfzehn Monate vor der Bundestagswahl sollten wir uns deshalb von Stimmungen nicht in die Irre leiten lassen. Wichtig ist jetzt, dass wir endlich aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen. Denn nur dann können wir an Boden und an Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern hinzugewinnen.

Wir haben die richtigen Themen. Partei und Fraktion haben in den letzten Wochen und Monaten wichtige Standortbestimmungen für die Menschen vorgenommen: Wir haben als erste die Notwendigkeit des Umsteuerns in der frühkindlichen Förderung erkannt. Zum einen, um durch frühe Betreuung die Bildungschancen zu steigern, zum anderen, um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Wir haben durch die Erhöhung und Ausweitung des BAföG mit dazu beigetragen, dass Studium und Bildung nicht wieder zum Privileg für Kinder von besser verdienenden Eltern wird.

Wir haben mit der von der rot-grünen Koalition initiierten Arbeitsmarktreform fast zwei Millionen Menschen in neue Beschäftigung gebracht. Jetzt kommt es darauf an, diese Beschäftigung zu verstetigen und viele noch zu schlecht bezahlte Jobs in gute Arbeitsverhältnisse zu überführen. Zur Verteilungsgerechtigkeit gehört es, dass Mindestlöhne festgeschrieben werden. Wir nutzen da die gesetzlich vorhandenen Spielräume, um zu einem Mindestlohn für möglichst alle Branchen zu kommen. Zur Leistungsgerechtigkeit gehört es aber auch, dass die in manchen Branchen überwuchernden Gehälter von Managern eingedämmt werden. Das ist nicht durch populistische Versprechungen, sondern nur durch begrenzte gesetzliche Vorgaben möglich.

BILANZ UND AUSBLICK DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

In den kommenden Wochen und Monaten, bis hin zur Bundestagswahl, geht es in der Haushalts- und Steuerpolitik der großen Koalition darum, den gemeinsam definierten Kurs zu halten: Es gibt keinen Grund, vom Pfad der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung abzuweichen. Alle Bundesminister und die Bundeskanzlerin sind aufgefordert, den Bundesfinanzminister dabei zu

unterstützen, Anfang Juli im Kabinett einen Haushaltsentwurf 2009 zu verabschieden, der die Nettokreditaufnahme des Bundes weiter zurückführt und damit einen weiteren Schritt hin zum ausgeglichenen Bundeshaushalt realisiert. Nur ein Staat, der wieder neue Spielräume erwirtschaftet, kann für die Menschen neue Chancen schaffen. Wir werden eine nachhaltige Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme und einen auch weiterhin handlungsfähigen Staat nur erreichen können, wenn die Steuereinnahmehasis des Staates durch weitere Maßnahmen gesichert wird. Ein zentrales Projekt in diesem Zusammenhang ist die Verabschiedung eines verfassungskonformen neuen Erbschaftsteuerrechts, das zwingend bis zum 1. Januar 2009 in Kraft treten muss. Die bekannt gewordenen Fälle von Steuerhinterziehung und -vermeidung haben deutlich vor Augen geführt, dass die bestehenden gesetzlichen Kontroll- und Sanktionsregelungen einer grundsätzlichen Überprüfung im Hinblick auf ihre Wirksamkeit bedürfen.

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode erreichen, dass die sog. Reichensteuer nicht erst bei einem jährlichen Einkommen von 250.000 Euro für Alleinstehende bzw. 500.000

Auch eine weitere Initiative aus dem Haus von Olaf Scholz soll Perspektiven bieten: Jede Bürgerin und jeder Bürger soll künftig die Möglichkeit erhalten, den Hauptschulabschluss nachzuholen. Wir wollen niemanden zurücklassen und deshalb ist für all die, die im ersten Anlauf in der Schule gescheitert sind, eine zweite oder gar dritte Chance wichtig und richtig.“

DIES & DAS

BERLIN 08 - FESTIVAL FÜR JUNGE POLITIK

Vom 13. bis 15. Juni 2008 fand Berlin 08, das Festival für junge Politik und junge Kultur, in Berlin statt. Drei Tage Politik und Kultur, Sport und Unterhaltung, Campen und Feiern rund um das FEZ-Berlin und die Berliner Wuhlheide. Auch ich nahm dabei an einer Veranstaltung teil: an einer Kochshow: "Kochen mit Deinem Abgeordneten: Dein Rezept für gutes Essen und ein noch besseres Schulsystem!"

Gemeinsam mit vier Jugendlichen präsentierten wir unserer „Kochkünste“. Zwischen Gemüseschneiden, Reis kochen und Tischdecken wurde nicht nur heiß gegessen, sondern auch heiß diskutiert. Jugendliche begeistern sich für Politik und setzen sich - entgegen vieler Vorurteile – aktiv und engagiert für ihre Ideen ein! Das ist die Botschaft von Berlin 08.

Das Festival, das Freitagabend von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen eröffnet wurde und von der Bundeszentrale für politische Bildung mitorganisiert wurde, lockte viele Tausend Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet auf das Gelände des FEZ-Berlin. In mehr als 600 Workshops und Podiumsdiskussionen konnten sie ihre konkreten Vorstellungen und Wünsche zu mehr Beteiligung von Jugendlichen diskutieren und Erfahrungen austauschen. Unter dem Motto „Nur wer was macht, kann auch verändern!“ zeigten sie der Öffentlichkeit, wie sie es besser machen wollen.

Berlin 08 beweist, dass Politik und Engagement für die junge Generation eine wichtige Rolle spielen. Die zahlreichen Veranstaltungen auf dem Gelände und die vielen interessierten Besucher machen deutlich, wie sehr sich Jugendliche für Politik interessieren. Der Einsatz und die Begeisterung meiner Gruppe junger Köchinnen und Köche hat mich besonders gefreut.

KULTURHAUS IN ISTANBUL

Meine Idee, eine deutsch-türkischen Akademie in Istanbul einzurichten und deutschen Künstlern eine Zeitlang den Aufenthalt dort zu ermöglichen, nimmt Gestalt an. Nachdem mein CDU Kollege Steffen Kampeter, MdB und ich eine Gesprächsrunde mit Vertretern der beteiligten Ministerien hatten, um zu klären, ob und wie die Liegenschaft Tarabya (in Istanbul) am besten und effektivsten genutzt werden kann, gab es in dieser Woche eine erste Runde mit Vertretern großer Institutionen, um erste inhaltliche Konzepte abzustecken. Weitere Gespräche werden folgen, um schon 2010 den Startschuss für das Kulturhaus geben zu können, damit deutsche Künstlerinnen und Künstler in der Kulturhauptstadt Europas gefördert durch ein Stipendium leben und arbeiten können.

DENKMALSCHUTZ

Wir haben im Haushaltsausschuss mit dem Nachtragshaushalt 2007 ein Sonderprogramm Denkmalschutz aufgelegt. Insgesamt 40 Mio. Euro stehen dafür zur Verfügung, Baudenkmäler von nationaler Bedeutung zu renovieren. Nicht nur der Bund gibt dafür jedoch Geld, Voraussetzung, dafür dass ein Gebäude saniert wird, ist eine angemessene Beteiligung des jeweiligen Bundeslandes oder Privater. Damit kann eine Menge getan werden. Die Entscheidung, was saniert werden soll, wird im Sommer fallen. Ich setze mich dafür ein, dass in Berlin die Gedächtniskirche und der Jüdische Friedhof Weißensee auch mit Bundesmitteln saniert werden könnte. Bei der Berliner Verwaltung und den beiden „Institutionen“ habe ich mich dafür stark gemacht, dass sie sich hierfür bewerben sollen.

Hoffentlich klappt es, und selbstverständlich werde ich diese beiden Projekte im Bundestag auch weiterhin unterstützen.

AUS DEM WAHLKREIS UND AUS BERLIN

tribuene

Das älteste Berliner Privattheater, die tribuene in Charlottenburg-Wilmersdorf, muss bleiben!

Die über die Vergabe der Basisförderung für die Jahre 2009-2010 evaluierende Jury hat am 11. Juni ihre Empfehlungen ausgesprochen und schlägt die Streichung weiterer Zuwendungen an das Berliner Theater tribuene Ende 2008 vor. Über das Votum der Jury muss allerdings die Politik entscheiden.

Das Haus ist allerdings auf öffentliche Mittel angewiesen. Ich unterstütze bei jeder Gelegenheit, so auch bei einer Aktion vor dem Landesparteitag der SPD Berlin, die tribüne. Schließlich bin ich mit vollem Engagement im Vorstand der tribüne und halte den jetzt eingeschlagenen künstlerischen Weg der neuen Leitung für richtig und erfolgversprechend. Ihnen muss eine faire Chance gegeben werden.

Die tribüne feiert im nächsten Jahr als ältestes Privattheater Berlins ihren 90. Geburtstag. Und da möchte mitfeiern!!

ULLA SCHMIDT ZU GAST

Fraktion vor Ort mit der Bundesgesundheitsministerin

Am 27. Mai 2008 habe ich gemeinsam mit der Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, zur Diskussionsveranstaltung „Fraktion vor Ort“ zum Thema „Zukunft der Pflege“ in die DRK Kliniken Berlin Westend eingeladen.

Unter den ca. 120 Gäste waren u. a. pflegende Angehörige, Pflegepersonal, Ärzte, Ehrenamtliche und interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich vor Ort über die Neuerungen der Pflegereform, die am 1. Juli 2008 in Kraft tritt, informierten. Nach einer Begrüßung durch den Chefarzt und ärztlichen Leiter der DRK Kliniken Westend, Prof. Dr. Heribert Kentenich, referierte Ulla Schmidt zum Thema „Pflege in den Mittelpunkt der Gesellschaft holen“. Im Anschluss hatten die Gäste Gelegenheit, ihre speziellen Fragen direkt an die Ministerin zu stellen. So unterschiedlich die Gäste, so vielseitig waren auch die Fragen an Ulla Schmidt: Wie werden die geplanten Pflegestützpunkte umgesetzt? Wer finanziert das Pflegepersonal? Wie kann die mentale Betreuung krebskranker Patientinnen und Patienten verbessert werden? Wer hilft den Angehörigen? Die Ministerin konnte in entspannter Atmosphäre in allen Belangen kompetent Auskunft geben.

Ein Teilnehmer beglückwünschte uns zu einer gelungenen und informativen Veranstaltung: „Es freut mich, dass Sie dieses wichtige Thema als Berliner Bundestagsabgeordnete aufgenommen haben. Wir würden uns freuen, wenn der Dialog weitergeht!“

Informationen zur Pflegeversicherung finden Sie unter:

http://www.bmg.bund.de/nn_600110/DE/Themenschwerpunkte/Pflegeversicherung/pflegeversicherung-node,param=.html__nnn=true

AFGHANISTAN

Am Mittwoch, den 28. Mai 2008, habe ich gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Detlef Dzembitzki, im Namen der SPD Bundestagsfraktion zur Podiumsdiskussion "Wiederaufbau Afghanistans" in den Deutschen Bundestag eingeladen.

Um die 150 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung gefolgt und wollten sich über die Arbeit der Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion informieren, aber auch

Informationen aus erster Hand, von jungen Afghaninnen und Afghanen erhalten, die am Young Leaders Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung teilnehmen. Die Büroleiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul, Afghanistan, Ursula Koch-Laugwitz, gab den Gästen einen Einblick in die Situation vor Ort und berichtete über ihre Erfahrungen und ihren Alltag in Kabul.

Sechs Jahre nach Beginn des Wiederaufbaus in Afghanistan stehen Deutschland und die internationale Gemeinschaft immer noch vor großen sicherheits-, entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Herausforderungen. Einigen beachtlichen Erfolgen in der Bildungspolitik, der Grundversorgung, des Wiederaufbaus der Infrastruktur und dem Aufbau des Staatswesens stehen Rückschläge besonders in sicherheitspolitischen Bereichen gegenüber.

Neben Sicherheit nach innen wie nach außen, ist es für die SPD-Bundestagsfraktion für den friedlichen und langfristig wirkenden Wiederaufbau von entscheidender Bedeutung, der Jugend Afghanistans Perspektiven zu geben. Eine perspektivlose und frustrierte, vor allem männliche Jugend ist besonders anfällig für Kriminalisierung sowie die Werbung und Rekrutierung durch gewaltbereite islamistische oder terroristische Gruppierungen. Deshalb sollte die junge Generation spezielle Unterstützung durch Ausbildungsprojekte und Einstiegsjobs erhalten. Hier ist Deutschland aufgrund seiner langen Tradition der Zusammenarbeit und des hohen Ansehens, das es in Afghanistan genießt, in besonderer Weise gefragt. Darüber hinaus braucht Demokratie politische Bewegungen auf allen Ebenen, auch von unten. Nur sie kann einen nachhaltigen Frieden und Demokratie in Afghanistan gewährleisten.

TERMINE

SOMMERGESPRÄCHE 2008

Sie finden mich auch diesen Sommer wieder auf Wochenmärkten mit meinem Infostand in der Zeit von 10 bis ca. 12 Uhr:

- 02. Juli 2008 – Karl-August-Platz
- 07. Juli 2008 – Mainzer Straße
- 15. Juli 2008 – Eberbacher Straße
- 08. Aug. 2008 – Nestorstraße
- 11. Aug. 2008 – Charlottenbrunner Straße
- 13. Aug. 2008 – Prager Platz
- 26. Aug. 2008 – Preußenallee
- 02. Sep. 2008 – Klausenerplatz

Kommen Sie doch vorbei, um mit mir zu sprechen!

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 8. August 2008, im Wahlkreisbüro,

Goethestraße 80, von 15.00 bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82 an, wenn Sie einen Termin möchten.

SEMINAR DER FES

Die Friedrich-Ebert-Stiftung führt in Berlin an drei Terminen ein Kompetenz-Training durch. Es richtet sich in erster Linie an Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von politischen Organisationen.

ENGAGEMENT IM EHRENAMT

Diese Training soll dazu dienen, dass die Teilnehmer ihre Aufgaben – wie Versammlungen leiten, rechtliche Rahmenbedingungen leiten, Veranstaltungen organisieren und moderieren, Mitstreiter motivieren und und und – künftig noch besser meistern können und auch weiterhin mit Erfolg im politischen Engagement tätig zu sein.

Die drei Termine bauen aufeinander auf und können nur als Paket gebucht werden. Die Kosten für alle drei Wochenenden zusammen betragen 150,00 Euro. Neben den Seminaren beinhaltet dies Unterkunft und Verpflegung.

Bitte melden Sie sich an bei Marianne.joachim@fes.de oder per Fax (26935-859) oder Post an die FES; BerlinPolitik im Forum Berlin, Marianne Joachim, Hiroshimastraße 17, 10785

12. – 14. September, 10. – 12. Oktober, 28. – 30. November 2008. in der Akademie Berlin-Schmöckwitz, Wernsdorfer Straße 43, 12527 Berlin

VERANSTALTUNG DES SPD LANDESVERBAND BERLIN

CO₂ freie Kohlekraftwerke: Alternative oder Alibi?

Klimaschutz ist das Gebot der Stunde. Mit Experten aus Politik, Umweltschutz und Wirtschaft können Sie über für und wider diskutieren.

Mittwoch, den 9. Juli 2008, 19.00 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin, R. 304, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin.